

Fremdenfurcht und die Fakten

VON JOSEF JOFFE

Daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei, ist ein Satz, der durch stures Wiederholen nicht richtiger wird. Tatsächlich ist Deutschland (West) längst ein solches geworden. Knapp acht Prozent beträgt der Anteil der Ausländer, und der ist größer als in den ehemaligen Kolonialmetropolen England (vier Prozent) und Frankreich (sechs Prozent). Nur die scheinbar so fremdenfeindliche Schweiz übertrifft die Alt-Republik mit 16 Prozent.

Richtig indes ist, daß man nach Deutschland nicht einwandern kann – jedenfalls nicht so wie etwa nach Amerika. Keiner, dessen Urväter nicht Katharina von Anhalt-Zerbst nach Rußland gefolgt waren, kann in Moskaus Konsulaten ein Einwanderungsvisum beantragen und hier nach fünf Jahren Bürger werden. Der Weg zum Bundespaß ist ebenso verschlungen wie willkürlich. Der eine kommt mit Arbeitserlaubnis, der andere mit der Uni-Zulassung. Schafft er es irgendwie, zehn Jahre lang hierzubleiben, kann er Deutscher werden. Dafür braucht er Geld, dazu klugerweise einen guten Rechtsanwalt und die richtigen Beziehungen. Und viel Geduld, weil es trotzdem noch Jahre dauern wird.

Oder er versucht es mit der Tür, die das Grundgesetz öffnet – nämlich über den Artikel 16, der da ohne Wenn und Aber besagt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Das ist freilich ein pures Glücksspiel, denn von 121 000 Bewerbern (1989) schafften nur fünf Prozent den Sprung über die Anerkennungsschwelle. Zwischen Recht und Praxis klafft also eine paradoxe Lücke. Einerseits kennt der Artikel 16 keine Grenzen, es sei denn jene, die durch das Wörtchen „politisch“ gezogen werden, andererseits liegt das effektive Limit bei fünf Prozent. Zwar ist Deutschland „kein Einwanderungsland“, aber genau das ist es schon. Wer nüchtern denkt, müßte daraus schließen: Laßt uns endlich eine zweite Tür öffnen, mithin den Zufluß dem Zufall und der Willkür entziehen. Gerade jene, die – zurecht – am Artikel 16 nicht rütteln wollen, müßten ein Einwanderungsgesetz befürworten, damit der „16“ nicht endgültig zum Abschottungsgesetz verkommt oder gar ausgehebelt wird. Mit dem Asylrecht sollten gerade die Nachfahren des zwölfjährigen Reiches nicht spielen.

Also Einwanderung? Dahinter steht ein Schreckensbild nicht nur der Rechten, in dem „Überflutung“, „Überfremdung“ und „Kriminalität“ die größten und wirksamsten Elemente abgeben. Wer reale Politik betreiben und den Rattenfängern die betörende Flöte nehmen will, muß derlei Ängste ernst nehmen – und ihnen deshalb die Fakten entgegensetzen.

Punkt 1: Die Ausländer nehmen den Deutschen die Jobs weg. Der englische Freidenker John Toland notierte schon

anno 1714: „Ich verleugne ja gar nicht, daß es mehr Schneider und Schuhmacher geben wird, aber natürlich werden auch mehr Anzüge und Schuhe gemacht werden“ – und das schafft eben mehr Arbeit (hier: ein Nachfrage-Plus von 60 Milliarden Mark 1989). Tatsache ist, daß keiner nach Deutschland drängen würde, wenn es keinen Sog gäbe. 1989 kam eine knappe Million Über- und Umsiedler nach Deutschland-West, und die Arbeitslosigkeit hat sich nicht erhöht.

Punkt 2: Die Ausländer drängen gerade die Ärmere beiseite. Amerikanische Daten besagen das Gegenteil. Eine kalifornische Studie über den Zufluß von Mexikanern nach Los Angeles belegt, daß die Arbeitslosigkeit von Schwarzen nicht gestiegen, sondern gefallen ist. Außerdem: Ausländer füllen Arbeitsplätze, die Einheimische nicht wollen. Nachdem das kalifornische Arbeitsamt 2000 Illegale zum Abgang gezwungen hatte, fand es so gut wie keinen Ersatz unter den „Eingeborenen“.

Punkt 3: Was wird aus unserem Wohlfahrtsstaat? Der wird gerade dann zugrunde gehen, wenn wir das Tor zumachen, und auch das ist längst bekannt: Die Deutschen werden älter und weniger, und ohne Zuzug von Arbeitskräften wird nicht nur die Kosten-Inflation angeheizt, sondern auch das Rentensystem angeagt. Beuten die Fremden das System aus? Amerikanische und kanadische Daten zeigen: Immigranten zahlen mehr Steuern und beantragen weniger Unterstützung als die einheimische Durchschnittsfamilie. Selbst wo es umgekehrt ist, hat die Geschichte ein Happy-End: In Wisconsin leben seit dem Vietnamkrieg 20 000 vom laotischen Bergvolk der Hmong; die Hälfte lebt von der Wohlfahrt. Nur: Die Kinder haben die Hilflosigkeit schon abgeschüttelt; sie erzielen inzwischen um 40 Prozent bessere Zensuren als ihre amerikanischen Mitschüler!

Die Moral von der Geschichte: Einwanderer sind ein Gewinn, weil sie jünger, ambitionierter und fleißiger sind als die „Eingeborenen“. Die Deutschen müßten es eigentlich am besten wissen, wenn sie auf die lange Einwanderungskette von den Hugenotten zu den Juden zurückblicken. Freilich: Es braucht mehr als ein Einwanderungsgesetz, damit sich die segensreichen Wirkungen auch entfalten können. Die „Neuen“ werden nur dann nicht zur sozialen und psychischen Last werden, wenn ihnen die Integration offensteht.

„Fremd“ bleibt, wer nicht Bürger werden darf. „Kriminell“ wird, wer wegen eines versteinerten Arbeitsmarktes keinen Zugang zu Arbeit findet. Nehmen wir nur den Ladenschluß: Die koreanische Familie, die in New York ihren Obstladen bis Mitternacht aufhalten darf, würde hier vor die Hunde gehen, weil ihr die Großverbände

derlei Fleiß per Gesetz verbieten. Deutschland wird sich ändern müssen, weil die Welt sich geändert hat. Tun wir es nicht selber, wird schon der europäische Binnenmarkt ab 1993 den Abschied von so manchen heiligen Gewohnheiten erzwingen.

p d g